



Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

36/2014 05.09.2014

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Neu:

Andreas Hauer

Staats- und Verwaltungshandeln

Das in 4. Auflage neu erschienene Buch „Staats- und Verwaltungshandeln“ stellt die Handlungsformen der Gesetzgebung und der Verwaltung in allen wesentlichen Details dar. Aus dem Inhalt: STAATS- UND VERWALTUNGSAUFGABEN, GENEERELLE RECHTSSETZUNG, VERWALTUNGSHANDELN, VERWALTUNGSKONTROLLE, HAFTUNG FÜR STAATS- UND VERWALTUNGSHANDELN.

29 Euro, 4. überarbeitete und aktualisierte Auflage, 200 Seiten, Harteinband, gebunden, Stand 1. August 2014, ISBN 978-3-902883-16-2

Zu beziehen ua über <http://www.pedell.at/>

Aviso:

Fachtagung: „Graubereiche“ des Verwaltungshandelns

Fachtagung des Instituts für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre der JKU Linz in Zusammenarbeit mit dem Amt der Oö. Landesregierung

11.11.2014, 09.00 bis 15.00 Uhr, Landhaus, Linz

I. Bundesgesetzblatt

BGBl II 215/2014 (Anlage)

Verordnung der Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie über Lärmimmissionsschutzmaßnahmen im Bereich von Bundesstraßen (**Bundesstraßen-Lärmimmissionsschutzverordnung** – BStLärmIV)

[BGBl II 218/2014](#)

Entschließung des Bundespräsidenten, mit der die sachliche Leitung bestimmter, zum Wirkungsbereich des **Bundeskanzleramtes gehörender Angelegenheiten einem eigenen Bundesminister** übertragen wird

II. Amtsblatt der EU

[ABI L 264 v 04.09.2014, 6](#)

Entscheidung der EFTA-Überwachungsbehörde Nr 464/13/COL vom 27. November 2013 über die 91. Änderung der verfahrens- und materiellrechtlichen Vorschriften auf dem Gebiet der staatlichen Beihilfen durch Einfügung eines neuen Kapitels über die Anwendung der Vorschriften über **staatliche Beihilfen auf Maßnahmen zur Stützung von Finanzinstituten im Kontext der Finanzkrise** ab dem 1. Dezember 2013 („Bankenleitlinien 2013“)

III. Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof, Verwaltungsgerichte

A. Verfassungsgerichtshof

06.06.2014, [U 821/2013](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Abweisung des Asylantrags und Ausweisung der aus Tschetschenien stammenden Beschwerdeführerin in die Russische Föderation **mangels Auseinandersetzung mit dem behaupteten Nachfluchtgrund**

06.06.2014, [U 1457/2013](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Nichtzuerkennung des Status eines subsidiär Schutzberechtigten und Ausweisung des Beschwerdeführers nach Pakistan mangels ausreichender Ermittlungen zur **Behandelbarkeit und Auswirkungen einer diagnostizierten Nervenschädigung**

06.06.2014, [U 2429/2013](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Abweisung des Antrags auf internationalen Schutz mangels Auseinandersetzung mit der **behaupteten Zwangsverheiratung und Beschneidung einer somalischen Staatsangehörigen der Volksgruppe der Madhiban**

06.06.2014, [U 2439/2013](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Nichtzuerkennung des Status eines subsidiär Schutzberechtigten und Ausweisung des Beschwerdeführers nach Pakistan mangels Auseinandersetzung mit der **prekären Sicherheitslage in der Heimatprovinz al-Anbar**

06.06.2014, [U 2631/2013](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Nichtzuerkennung subsidiären Schutzes und Ausweisung des minderjährigen Beschwerdeführers nach Afghanistan mangels näherer Auseinandersetzung mit den **Konsequenzen einer Rückkehr in seine Heimatstadt Kabul**

11.06.2014, [U 443/2013](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Abweisung des Asylantrags und Ausweisung des Beschwerdeführers nach Pakistan **mangels hinreichender Ermittlungen zu den behaupteten Folterungen**

11.06.2014, [U 524/2013](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Nichtzuerkennung des Status eines subsidiär Schutzberechtigten und Ausweisung des Beschwerdeführers nach Afghanistan **mangels Auseinandersetzung mit der Sicherheitslage in der Heimatprovinz Khost**

11.06.2014, [U 498/2013](#)

AsylG; **Genfer Flüchtlingskonvention**; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Abweisung des Antrags auf internationalen Schutz und Ausweisung des Beschwerdeführers in den Irak infolge grober Verkennung der Rechtslage **mangels Beurteilung des Vorbringens des Beschwerdeführers unter dem Aspekt der Verfolgung aus politischen Gründen im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention**

11.06.2014, [U 2380/2013 ua](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Zurückweisung des Asylantrags russischer Staatsangehöriger und Ausweisung nach Polen wegen **unrechtmäßiger Verneinung des Vorliegens eines schützenswerten Familienlebens** mit in Österreich aufhältigen Familienangehörigen und **unzureichender Interessenabwägung**

B. Verwaltungsgerichtshof

26.06.2014, [2013/03/0021](#)

UmweltverträglichkeitsprüfungsG; der VwGH hat den Bescheid, mit dem der mitbeteiligten Partei die Genehmigung nach dem dritten Abschnitt des UmweltverträglichkeitsprüfungsG zur Verwirklichung des Vorhabens „**Semmering-Basistunnel neu**“ von km 75,561 bis km 118,112 der ÖBB-Strecke Wien-Süd - Spielfeld/Straß erteilt wurde, wegen Rechtswidrigkeit seines Inhalts aufgehoben; wenn ein Bescheid die **notwendige Grundlage (für die Erlassung) eines anderen Bescheids** bildet, ist im Falle der Aufhebung des erstgenannten Bescheids auch dem darauf aufbauenden Bescheid die **Rechtsgrundlage entzogen**

26.06.2014, [2013/03/0062](#)

UmweltverträglichkeitsprüfungsG; **AbfallwirtschaftsG**; **DeponieVO**; für die Vorschreibung einer vom Antrag der Projektwerberin abweichenden und über die Vorgaben der DeponieVO hinausgehenden **Deponieoberflächenabdeckung bzw Rekultivierung** bietet weder das AbfallwirtschaftsG noch die DeponieVO selbst Raum; das Ziel einer auf Basis des § 24f Abs 3 UmweltverträglichkeitsprüfungsG vorgeschriebenen Projektmodifikation kann nur darin liegen, dass durch diese Projektmodifikation eine **Optimierung des beantragten Vorhabens iSd für die Umwelt besten Gesamtlösung** erfolgt; der VwGH hat in seinem Erkenntnis vom [19.12.2013, 2011/03/0160 ua](#) ausgeführt, dass aufgrund des weiten Vorhabensbegriffs des § 2 Abs 2 UmweltverträglichkeitsprüfungsG die „**Deponie Lgraben**“ **einen Teil des Vorhabens „Semmering-Basistunnel neu“** bildet; durch den Ministerialbescheid, mit dem die wasserrechtliche Bewilligung zur Herstellung der Hochwasserfreiheit des Standortes der „Deponie Lgraben“ durch Verlegung des Lbaches erteilt wurde, wurde auch der Standort für die „Deponie Lgraben“ verbindlich festgelegt

26.06.2014, [2013/03/0161](#)

BauarbeitenkoordinationsG; nach dem klaren Wortlaut des § 2 Abs 6 BaukoordinationsG ist der **Planungskordinator** ausschließlich „für die Vorbereitungsphase iSd Bundesgesetzes“, der **Baustellenkoordinator** gem Abs 7 leg cit für die Ausführungsphase bestellt; nach § 2 Abs 4 leg cit ist die Vorbereitungsphase der Zeitraum vom Beginn der Planungsarbeiten bis zur Auftragsvergabe; Ausführungsphase ist nach § 2 Abs 5 leg cit der Zeitraum von der Auftragsvergabe bis zum Abschluss der Bauarbeiten; eine **über die Vorbereitungsphase hinausgehende Verpflichtung des Planungskordinators** ist nicht zu sehen; nach der dargestellten Rechtslage unterliegen der Planungskordinator und der Baustellenkoordinator auf Grund der an sie gestellten unterschiedlichen Anforderungen jeweils anderen Sanktionsnormen, die unterschiedliches Verhalten pönalisieren

26.06.2014, [Ro 2014/03/0044](#)

StrafvollzugsG; **VwGG**; ein Fall, in dem ein **Antrag auf Gewährung von Verfahrenshilfe** zur Einbringung einer Beschwerde gegen einen Bescheid der Vollzugskammer beim VwGH bereits **vor dem Ablauf des 31. Dezember 2013** ge-

stellt wurde, über den aber mit Ablauf des 31. Dezember 2013 noch nicht entschieden war und erst im Jahr 2014 entschieden wurde, unterliegt dem Anwendungsbereich des § 181a Abs 8 StrafvollzugsG; gegen einen solchen Bescheid kann **nach dem 31. Dezember 2013 keine Revision an den VwGH** erhoben werden

C. Verwaltungsgerichte

LVwG Bgld 28.08.2014, [E 226/01/2014.001/004](#)

AVG; die **Beglaubigung der Genehmigung eines Bescheids** war rechtswidrig, weil die Kanzleibedienstete nicht persönlich dazu ermächtigt war; die **Urschrift** wies nur eine Paraphe auf, war als nicht vom Genehmigenden unterschrieben; deshalb liegt keine wirksame Bescheidausfertigung vor

LVwG Wien 18.08.2014, [VGW-122/008/27464/2014](#)

GewO; nur durch den Betrieb einer Betriebsanlage kann es zu einer iSd § 77 Abs 1 iVm § 74 Abs 2 Z 1 GewO relevanten Gefährdung eines dinglichen Rechts kommen; die **Vereinbarkeit der Errichtung des Projekts mit** auf der Liegenschaft haftenden (**dinglichen oder obligatorischen**) **privaten Rechten** bildet **keinen Gegenstand des gewerberechlichen Genehmigungsverfahrens**; dies ist eine ausschließlich in die Zuständigkeit der Zivilgerichte fallende Frage des privaten Rechts; keine Rechtsverletzung infolge der Missachtung des § 357 GewO durch den Verhandlungsleiter, weil dadurch die Möglichkeit des Einwendenden, seine zivilrechtlichen Ansprüche im Rechtsweg geltend zu machen, nicht beeinträchtigt wird

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

[03.09.2014, Rs C-589/12, GMAC UK](#)

Vorabentscheidungsersuchen – **Mehrwertsteuer** – Sechste Richtlinie 77/388/EWG – Art 11 Teil C Abs 1 Unterabs 1 – **Unmittelbare Wirkung – Minderung der Besteuerungsgrundlage** – Bewirkung zweier, die gleichen Gegenstände betreffender Umsätze – Lieferung von Gegenständen – **Durch Leasingverträge veräußerte Fahrzeuge**, die wieder in Besitz genommen und im Wege der **Versteigerung weiterveräußert** werden – **Rechtsmissbrauch**

[03.09.2014, Rs C-201/13, Deckmyn und Vrijheidsfonds](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Richtlinie 2001/29/EG – **Urheberrecht und verwandte Schutzrechte – Vervielfältigungsrecht** – Ausnahmen und Beschränkungen – Begriff ‚**Parodie**‘ – Eigenständiger Begriff des Unionsrechts

[03.09.2014, Rs C-318/10, X](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Richtlinie 79/7/EWG – **Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Bereich der sozialen Sicherheit – Arbeitnehmerunfallversicherung** – Höhe einer **pauschalen Entschädigung für bleibende Schäden** – Versicherungsmathematische Berechnung auf der Grundlage der durchschnittlichen Lebenserwartung je nach dem Geschlecht des Begünstigten der Entschädigung – **Hinreichend qualifizierter Verstoß gegen Unionsrecht**

[03.09.2014, Rs C-410/13, Baltlanta](#)

Vorabentscheidungsersuchen – **Strukturfonds – Wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt** – Verordnung (EG) Nr 1260/1999 – Art 38 – Verordnung (EG) Nr 2792/1999 – Art 19 – **Fischerei** – Gerichtsverfahren auf nationaler Ebene – Verpflichtung des Mitgliedstaats zur Ergreifung der erforderlichen Maßnahmen zur Sicherstellung der ordnungsgemäßen Durchführung der Entscheidung über die Gewährung eines Zuschusses nach Abschluss des Gerichtsverfahrens

[04.09.2014, Rs C-114/12, Kommission / Rat](#)

Nichtigkeitsklage – Außenpolitisches Handeln der Europäischen Union – Internationale Übereinkünfte – **Schutz verwandter Schutzrechte von Sendeunternehmen** – Verhandlungen über ein Übereinkommen des Europarats – Beschluss des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten über die Ermächtigung zur gemeinsamen Teilnahme der Union und ihrer Mitgliedstaaten an den Verhandlungen – Art 3 Abs 2 AEUV – **Ausschließliche Außenkompetenz der Union**

[04.09.2014, Rs C-237/12, Kommission / Frankreich](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Richtlinie 91/676/EWG – Art 5 Abs 4 – Anhang II Punkt A Nrn 1 bis 3 und 5 – Anhang III Nr 1 Ziff 1 bis 3 und Nr 2 – **Schutz der Gewässer vor Verunreinigung durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen** – Ausbringungszeiträume – Fassungsvermögen von Behältern zur Lagerung von Dung – Begrenzung der Ausbringung – Verbot der Ausbringung auf stark geneigten Flächen oder auf gefrorenen oder schneebedeckten Böden – **Mangelnde Konformität der nationalen Rechtsvorschriften**

[04.09.2014, Rs C-408/12 P, YKK ua / Kommission](#)

Rechtsmittel – Kartelle – Märkte für Reißverschlüsse, andere Verschlüsse und Ansetzmaschinen – Aufeinanderfolgende Verantwortlichkeiten – Rechtlich zulässiger **Höchstbetrag der Geldbuße** – Art 23 Abs 2 der Verordnung Nr 1/2003 – Begriff ‚**Unternehmen**‘ – Persönliche Verantwortlichkeit – Grundsatz der Verhältnismäßigkeit – **Abschreckungsmultiplikator**

[04.09.2014, Rs C-474/12, Schiebel Aircraft](#)

Vorabentscheidungsersuchen – **Niederlassungsfreiheit – Freizügigkeit der Arbeitnehmer – Nichtdiskriminierung** – Art 346 Abs 1 Buchst b AEUV – **Schutz wesentlicher Sicherheitsinteressen eines Mitgliedstaats** – Regelung eines Mitgliedstaats, wonach die gesetzlichen Vertreter einer in diesem Staat das Gewerbe des **Handels mit Waffen, Munition und Kriegsmaterial** ausübenden Gesellschaft seine Staatsangehörigkeit besitzen müssen

[04.09.2014, verb Rs C-533/12 P und C-536/12 P, SNCM / Corsica Ferries France](#)

Rechtsmittel – **Umstrukturierungsbeihilfe – Entscheidungsspielraum der Europäischen Kommission – Umfang der gerichtlichen Nachprüfung** durch das Gericht der Europäischen Union – Kriterium des **marktwirtschaftlich handelnden privaten Kapitalgebers** – Erfordernis einer sektorspezifischen und geografischen Untersuchung – Ausreichend gefestigte Praxis – Langfristige wirtschaftliche Vernünftigkeit – Zahlung zusätzlicher Abfindungen

[04.09.2014, Rs C-543/12, Zeman](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Richtlinie 91/477/EWG – **Ausstellung des Europäischen Feuerwaffenpasses** – Nationale Regelung, die die Erteilung eines solchen Passes allein für Besitzer von Feuerwaffen zur Ausübung der Jagd oder des Schießsports vorsieht

[04.09.2014, Rs C-575/12, Air Baltic Corporation](#)

Vorabentscheidungsersuchen – **Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts** – Verordnung (EG) Nr 810/2009 – Art 24 Abs 1 und Art 34 – **Einheitliches Visum** – Annullierung oder Aufhebung eines einheitlichen Visums – **Gültigkeit** eines einheitlichen Visums, das auf einem **annullierten Reisedokument** angebracht ist – Verordnung (EG) Nr 562/2006 – Art 5 Abs 1 und Art 13 Abs 1 – **Grenzübertrittskontrollen** – Einreisevoraussetzungen – Nationale Regelung, die ein auf einem gültigen Reisedokument angebrachtes gültiges Visum verlangt

[04.09.2014, Rs C-21/13, Simon, Evers & Co](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Handelspolitik – **Antidumpingzölle** – Verordnung (EG) Nr 499/2009 – Gültigkeit – Einfuhrerzeugnisse mit Ursprung in China – **Einfuhr aus Thailand versandter gleicher Erzeugnisse** – Umgehung – Beweis – Mangelnde Bereitschaft zur Mitarbeit

[04.09.2014, verb Rs C-119/13 und Rs C-120/13, eco cosmetics](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen** – Verordnung (EG) Nr 1896/2006 – **Europäisches Mahnverfahren** – Keine wirksame Zustellung – Wirkungen – Für vollstreckbar erklärter Europäischer Zahlungsbefehl – Einspruch – Überprüfung in Ausnahmefällen – Fristen

[04.09.2014, Rs C-157/13, Nickel & Goeldner Spedition](#)

Vorabentscheidungsersuchen – **Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen** – Verordnung (EG) Nr 1346/2000 – Art 3 Abs 1 – Begriff ‚**Klage, die an ein Insolvenzverfahren anknüpft und in engem Zusammenhang damit steht**‘ – Verordnung (EG) Nr 44/2001 – Art 1 Abs 2 Buchst b – Begriff ‚**Konkurs**‘ – Vom Insolvenzverwalter erhobene Klage auf Erfüllung einer Forderung – Aus der internationalen Beförderung von Gütern entstandene Forderung – Verhältnis zwischen den Verordnungen Nrn 1346/2000 und 44/2001 und dem Übereinkommen über **Beförderung im internationalen Straßengüterverkehr (CMR)**

[04.09.2014, Rs C-162/13, Vnuk](#)

Vorabentscheidungsersuchen – **Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung** – Richtlinie 72/166/EWG – Art 3 Abs 1 – Begriff der ‚**Benutzung eines Fahrzeugs**‘ – Im Hof eines Bauernhofs durch einen Traktor mit Anhänger verursachter Unfall

[04.09.2014, verb Rs C-184/13 bis C-187/13, C-194/13, C-195/13 und C-208/13, API](#)

Vorabentscheidungsersuchen – **Straßentransport** – Höhe der **Mindestbetriebskosten**, die von einem Gremium bestimmt werden, das die betroffenen Wirtschaftsteilnehmer vertritt – **Unternehmensvereinigung** – **Wettbewerbsbeschränkung** – **Ziel von allgemeinem Interesse** – Sicherheit des Straßenverkehrs – Verhältnismäßigkeit

[04.09.2014, Rs C-192/13 P, Spanien / Kommission](#)

Rechtsmittel – **Kohäsionsfonds** – **Kürzung des Zuschusses** – Erlass des Beschlusses durch die Europäische Kommission – Bestehen einer Frist – Nichteinhaltung der Frist – Folgen

[04.09.2014, Rs C-197/13 P, Spanien / Kommission](#)

Rechtsmittel – **Kohäsionsfonds** – **Kürzung des Zuschusses** – Erlass des Beschlusses durch die Europäische Kommission – Bestehen einer Frist – Nichteinhaltung der Frist – Folgen

[04.09.2014, Rs C-211/13, Kommission / Deutschland](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Art 63 AEUV – **Freier Kapitalverkehr** – **Schenkung- und Erbschaftsteuer** – Nationale Rechtsvorschriften, die einen **höheren Freibetrag** vorsehen, wenn der Erblasser zum Zeitpunkt seines Todes, der **Schenker oder der Erwerber im Inland** ansässig waren – Gegenstand der Vertragsverletzungsklage – Beschränkung – Rechtfertigung

[04.09.2014, Rs C-256/13 und C-264/13, Belgacom](#)

Vorabentscheidungsersuchen – **Elektronische Kommunikationsnetze und -dienste** – Richtlinie 2002/20/EG – Art 6 – **Bedingungen bei Allgemeingenehmigungen und Nutzungsrechten für Funkfrequenzen und für Nummern** sowie besondere Verpflichtungen – Art 13 – Entgelte für Nutzungsrechte und für Rechte für die Installation von Einrichtungen – Regionale Regelung, die von Unternehmen die Zahlung einer Abgabe für Niederlassungen verlangt

[04.09.2014, Rs C-327/13, Burgo Group](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen** – **Insolvenzverfahren** – Begriff der **Niederlassung** – **Unternehmensgruppe** – Niederlassung – Recht auf Eröffnung eines **Sekundärinsolvenzverfahrens** – Kriterien – Person, die berechtigt ist, die Eröffnung eines Sekundärinsolvenzverfahrens zu beantragen

[04.09.2014, Rs C-452/13, Germanwings](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Luftverkehr** – Verordnung (EG) Nr 261/2004 – Art 2, 5 und 7 – **Anspruch auf Ausgleichszahlung bei großer Verspätung eines Fluges** – Dauer der Verspätung – Begriff ‚Ankunftszeit

[04.09.2014, Rs C-532/13, Sofia Zoo](#)

Vorabentscheidungsersuchen – **Schutz von Exemplaren wildlebender Tier- und Pflanzenarten** – Verordnung (EG) Nr 338/97 – Art 11 – **Ungültigkeit einer Einfuhrgenehmigung** beschränkt auf Exemplare der Tierarten, auf die ein Ungültigkeitsgrund tatsächlich zutrifft

B. Schlussanträge

[03.09.2014, Rs C-375/13, Kolassa \(GA Szpunar\)](#)

Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Zuständigkeit in Zivil- und Handelssachen – Verbraucherverträge – Verbraucher mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, der auf dem Sekundärmarkt von einem Vermittler mit Sitz in einem anderen Mitgliedstaat Papiere erworben hat, die von einer Bank mit Sitz in einem dritten Mitgliedstaat emittiert wurden – Zuständigkeit für Klagen gegen die Bank, die diese Papiere emittiert hat

C. Gericht

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

Keine Urteile im Berichtszeitraum

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Bau-recht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwal-tungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Julia Eder, Univ.-Ass. Mag. Lea Leingartner, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Wiss.-Mit. Sebastian Mauernböck, Wiss.-Mit. Mag. Mathäus Schmied

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.